

Gabriele Braun: Massenmedien und Gesellschaft.

Eine Untersuchung über die institutionelle Ordnung eines Kommunikationsprozesses freier Meinungsbildung.- Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1990, 167 S., DM 64,-

Gisela Brauns wirtschaftswissenschaftliche Dissertation (bei Erich Hoppmann, Freiburg) befaßt sich mit der - nach wie vor aktuellen und brisanten - Frage, ob unser Rundfunkwesen öffentlich-rechtlich oder kommerziell organisiert werden sollte. Wer nun aufgrund des viel weiter ausholenden Titels des Buches meint, daß es eine 'Mogelpackung' darstelle, dem sei hier deutlich widersprochen. Zwar endet Brauns Buch in der Aussage, daß sich "kein Argument gegen eine wettbewerbliche Rundfunkordnung gewinnen" läßt, es sei denn "auf der Basis eines elitären Kulturverständnisses" (S.153f.), aber zu diesem sicherlich vielen vertrauten Urteil gelangt sie erst nach einer anspruchsvollen, hochreflektierten Sichtung der gegenwärtig als relevant eingeschätzten Theorien der Beschreibung von Gesellschaft, und ein derartiges Ausholen ist angebracht, wenn man eine schlüssige Antwort auf die kontroversen Argumente beider Lager in der Mediendiskussion finden will. So stellt die Verfasserin heraus, daß von seiten der 'Kommerziellen' behauptet wird, daß öffentlich-rechtliche Anstalten eine Gefahr für die Demokratie seien, insbesondere weil "Meinungsfreiheit durch den Interessenproporz in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten ersetzt" (S.2) wird. Von seiten der 'Öffentlich-Rechtlichen' werde vorgebracht, daß der privatwirtschaftliche Rundfunk gesellschaftlich desintegrativ wirke, weil bei ihm "die Vielfalt der Meinungen nur begrenzt ihren Ausdruck" finde und "die Informationslücke zwischen gesellschaftlichen Gruppen erweitert" (S.1) werde. So untersucht denn die Verfasserin - unter Berücksichtigung verschiedener kommunikationswissenschaftlicher und kommunikationssoziologischer Erklärungsansätze - "die Ursprünge der tiefverwurzelten Ablehnung einer Kommerzialisierung des Mediums Rundfunk" (S.2). Als gemeinsamen Nenner bestehender Theorien der Massenkommunikation, struktur- und äquivalenzfunktionalistischer Medientheorien und systemtheoretisch orientierter Ansätze arbeitet die Verfasserin die Annahme einer Funktion sozialer Integration heraus, die sie als Teil einer kollektivistischen Tradition soziologischer Theoriebildung identifiziert. Diesem Ergebnis stellt sie Erkenntnisse der individualistischen Institutionenanalyse gegenüber, da nur auf diese Weise jener pauschalierenden, spekulativen Hypothese eine der Empirie zugängliche Bestimmung der Funktion des Massenkommunikationswesens entgegengestellt werden könne. Ausgehend vom Prinzip der Reziprozität des interindividuellen Handelns sieht sie menschliches Handeln "als Ausfluß eines evolutionären Prozesses der Herausbildung und Modifikation von Verhaltensdispositionen" (S.64). Institutionen hätten deshalb vor al-

lem 'Informationsfunktion': "Sie vermitteln Wissen, das in die menschlichen Entscheidungen und damit in ihr Handeln eingeht", "stabilisieren somit die Erwartungen im Hinblick auf zukünftig zu erwartende Ereignisse" und "sind in diesem Sinne 'gemeinschaftsstiftend'" (S.70f.). In selbstorganisierenden sozialen Systemen - und darum handelt es sich in den westlichen Gesellschaften weitgehend - würden "offene Meinungs- und Handlungsprozesse die Grundlage der Anpassungsflexibilität" (S.94f.) bilden. Der Meinungswettbewerb setze Lösungen, die für rekurrente Probleme gefunden werden, in Konkurrenz. Erfolgreiche individuelle Lösungen setzten sich als öffentliche durch. "Die Konkurrenz der individuellen Meinungen ist somit ein Instrument der kulturellen Evolution unter der Bedingung konstitutioneller Unwissenheit" (S.97). Damit sei die "Institutionalisierung von Informationsmärkten charakteristisch [...]" für die Evolution von Marktsystemen via Eigenkomplexitätssteigerung" (S.103) und "die Freiheit zu wirtschaftlicher Betätigung [...]" die Voraussetzung für die Freiheit, eine Meinung in der Öffentlichkeit (via 'Medien') zu verbreiten" (S.105). Wenn nun Demokratie vor allem als ein Prozeß der Meinungsbildung im Rahmen selbstorganisierender sozialer Systeme zu gelten habe, dann dürfe "die öffentliche Meinung [...]" nicht entscheiden, in welche Richtung die öffentliche Meinung gelenkt werden soll, und weder der Staat noch die organisierten Gruppen sollten die ausschließliche Macht haben, diese Entscheidung zu treffen" (S.111). Zur Verhinderung von Beschränkungen des freien Meinungsbildungsprozesses seien von der politischen Mehrheit getragene Gremien institutionalisiert worden, die die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Meinung sicherstellen sollten. Die dabei vorgenommenen Beschränkungen würden diese mit dem "Konzept des Marktversagens" (S.140) begründen, das aus der Tradition der US-amerikanischen TV-Economics stamme und das beispielsweise in Deutschland und Großbritannien zur Einrichtung öffentlich-rechtlicher Anstalten mit hoheitlicher Zwangsfinanzierung durch Gebühren geführt habe. Ursprünglich sei allerdings mit der Knappheit verfügbarer Frequenzen sowie dem hohen finanziellen Aufwand und dem Entstehen von 'Meinungsmacht' argumentiert worden. Aus ökonomischer Sicht bestehe aber "kein prinzipieller Unterschied zwischen einem öffentlichen und einem hoheitlich regulierten Unternehmen" (S.142). "Erst die Offenheit des Medienmarktes für potentielle Anbieter [ließe; H.-U.M.] einen Kommunikationsprozeß freier Meinungsbildung erwarten" (S.149). Da "die aus dem Prozeß laufend entstehende Meinungsvielfalt [...]" prinzipiell nicht ex ante ermittelt werden" (ebd.) könne, sei regulierendes Eingreifen abzulehnen, denn damit sei dem Einfluß "eigeninteressierten menschlichen Verhaltens" (ebd.) Tür und Tor geöffnet. Die Verfasserin begrüßt deshalb den neu sich entwickelnden Wettbewerb auf dem Rundfunkmarkt, auch in seiner nationenüber-

greifenden Ausprägung. Alles andere diene nur dazu, Besitzstände einer historisch gewachsenen Rundfunkordnung oder (wie bereits angedeutet) ein elitäres Kulturverständnis zu wahren.

In der Darstellung der Beschreibungsansätze von Sozialsystemen folgt die Verfasserin v.a. Kunczyks *Kommunikation und Gesellschaft* (1984), in der Erweiterung v.a. den Forschungen F.A. Hajeks und in der Evaluation des ökonomischen Aspekts den Arbeiten E. Hoppmanns. Dabei ist es ihr sicherlich gelungen, eine begründete Stellungnahme zu erarbeiten. In Anbetracht des von ihr bemühten Theorems der konstitutionellen Unwissenheit über den Verlauf gesellschaftlicher Entwicklung läßt sich aber auch ihrem Ergebnis widersprechen. Wenn es darum gehen muß, den Schaden eigeninteressierten Verhaltens zu begrenzen, dann ist auch die Frage differenziert zu stellen, wie solcher Schaden im Rahmen des ausschließlich marktwirtschaftlich regulierten Medienbereichs vermieden wird. Die Zurückweisung des 'Marktversagens'-Konzepts erscheint als zu wenig. Zweifelsohne hat der Primat des ökonomischen Subsystems in den 'offenen' Gesellschaftssystemen eine Differenzierungsfreiheit und -vielfalt bewirkt, die einer Orientierung durch jedes andere Subsystem überlegen ist, aber es kann nicht ausgeschlossen werden, daß er deutlich 'uneigennütigen' kulturellen und humanitären Interessen widerspricht. Analog dazu hat sich das Konzept der 'sozial abgedeckten' Marktwirtschaft dem einer 'reinen' Marktwirtschaft als überlegen erwiesen. Aber selbst diese tut sich schwer, das Problem der Begrenztheit ökologischer Ressourcen einzubeziehen. Somit erscheint die aktuell in Deutschland und Großbritannien praktizierte Mischform, nämlich die der behutsamen Relativierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen, der Alternative einer vollen Exponierung des Kulturbereichs in ein wirtschaftliches Verwertungsinteresse überlegen. Die Verfasserin vergißt auch, daß Information nicht gleich Information ist. Es gibt höchst unterschiedliche 'Textsorten' von Information, die unterschiedliche Appelle an die Rezipienten richten, kurz: das Problem der Authentizität von Information. Dies deutet auf ein Defizit der Arbeit: Angekündigt wird eine Rückführung des Systemansatzes auf die Individualperspektive, um empirische Erkenntnisse einbringen zu können - aber eben das geschieht nur in sehr begrenztem Maße. Die Ergebnisse der modernen Massenkommunikationsforschung wie sie etwa in Ball-Rokeach/Cantor (eds.) *Theory, Audience and Social Structure* (1986; vgl. *Medienwissenschaft: Rezensionen* 4/89, S.417ff.) erscheinen, bleiben unberücksichtigt - bedauerlicherweise; denn wenn man sich die dort präsentierten Detailbeobachtungen des (massen-)kommunikativen Informationsflusses vergegenwärtigt, dann zeigt sich, daß auch Brauns 'individualisierte' Systemauffassung idealtypische Züge aufweist.

Dennoch ist dem Buch zugutezuhalten, daß es der angesprochenen Fragestellung mit soliden soziologischen und (z.T.) wirtschaftswissenschaftlichen Erörterung nachgeht, so daß dieser Teil der Darstellung schon für sich gesehen recht informativ ist. Die Autorin argumentiert zielgerichtet und mit einer Ökonomie des sprachlichen Ausdrucks, die dem Buch einen stringenten Ausdruck verleiht. Aus diesem Grunde dürften sicherlich auch soziologisch weniger vorinformierte Leser gerne bereit sein, der vorwiegend abstrahierenden Gedankenführung zu folgen.

Hans-Ulrich Mohr (Bielefeld)